

Änderungsantrag

Antrag: A53

Beschluss des Landesparteitages: Annahme

Sächsische AfA erneuern – stärkere Stimme für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der SPD

Der Landesparteitag möge beschließen:

In den letzten Jahren hat unsere Gesellschaft durch die Ausweitung von Dumpinglöhnen, durch den Missbrauch von Leiharbeit, Befristungen und Praktika und durch die Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen eine massive Entwertung des Faktors Arbeit erlebt. Im Ergebnis dieser Entwicklung steigt die Spaltung unserer Gesellschaft. Viele Menschen arbeiten fleißig und hart – und dennoch wächst die Unsicherheit ihrer Lebensverhältnisse. Das ist ungerecht.

Die SPD Sachsen wird sich deshalb in den nächsten Jahren mit aller Kraft weiterhin für die Verbesserung der Lebenssituation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und für eine gerechte Bewertung von Arbeit einsetzen. Gemeinsam mit vielen Verbündeten – Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten, Wohlfahrtsverbänden und sozialen Initiativen – wollen wir die gesellschaftliche und politische Diskussion über den Wert von Arbeit führen und voranbringen.

Ein wichtiges Instrument unserer Partei dafür ist die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA). Einer der Arbeitsschwerpunkte der SPD Sachsen und ihrer Gliederungen wird in den kommenden Jahren deshalb in der Erneuerung und Stärkung der AfA in Sachsen bestehen.“

Die Kreisverbände und Unterbezirke beziehen in ihren Planungen und politischen Aktivitäten die regionalen AfA Gliederungen mit ein. Insbesondere das hauptamtliche politische Personal und die Mandatsträger begreifen die organisatorische und politische Stärkung der AfA als eine Querschnittsaufgabe ihrer Tätigkeit.

Beim Auf- und Ausbau der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) werden die Positionen der betrieblichen Arbeitnehmervertreterinnen und –vertreter und ihrer Gewerkschaften intensiv begleitet und berücksichtigt. Es geht darum, der angekündigten verstärkten Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, ein politisches und organisatorisches Fundament zu geben. Die AfA begreift sich als Arbeitsgemeinschaft in der SPD, stellt aber ein wichtiges Bindeglied zu den Nichtmitgliedern und sozialen Partnern dar.

Im Einzelnen geht es um die systematische und kontinuierliche Einbeziehung der Arbeitnehmervertretungen/Gewerkschaften in die Willensbildung der Partei. Diskutiert werden sollte in der Partei auch über die AfA hinaus:

- Wie alle Gremien und Ortsvereine der SPD beruflich fest verankerte Personen stärker ins

Änderungsantrag

43 Parteileben integrieren können.

44

45 • Wie eine fortlaufende Analyse der wirtschaftlichen Probleme in den Regionen und auf
46 Landesebene realisiert werden kann.

47

48 • Wie gezielte Fortbildungen für die Breite der Mandatsträger und Mandatsträgerinnen in
49 relevanten Arbeitnehmerinnen-/Arbeitnehmerfragen geleistet werden kann.

50

51 • Den Gewerkschaftsrat als kontinuierlich arbeitendes Gremium auf Landesebene
52 verstehen und regionale Netzwerke zur Unterstützung.

53

54 • Kurzfristige und langfristige inhaltliche und strategische Ziele der Gewerkschaftsräte
55 erarbeiten.

56

57 • Regelmäßiger Austausch des Landesvorstandes der Partei mit den Gewerkschaften.

58

59 • Direkter Kontakt bei „Problemfeldern“ und Schwierigkeiten. (Vertrauensaufbau).

60

61 • Gezielte Schaffung einer lockeren „Austauschebene“ mit Betriebs- und Personalräten“ in
62 den Regionen.

63

64 • Dauerhaft arbeitende politisch inhaltliche Arbeitskreise, unter jeweiliger Einbeziehung
65 von Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter und Gewerkschaftsfunktionärinnen/-
66 funktionären, und die Mandatsträger/Mandatsträgerinnen der Partei.

67

68 • Konsequente Unterstützung und Beteiligung durch Partei- und
69 Mandatsträger/Mandatsträgerinnen bei wichtigen Auseinandersetzungen der
70 Gewerkschaften - z.B. bei Tarifikämpfen, Produktionsverlagerungen und geplanten
71 Werksschließungen.

72

73

74

75

Votum: in geänderter Fassung mehrheitlich angenommen